



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Gemeinderat Donaueschingen

Donaueschingen, den 18. Januar 2005

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei den jährlichen Haushaltsdiskussionen stellen wir uns immer wieder selbstkritisch die Fragen: Wo können und müssen wir auf kommunaler Ebene ansetzen? Welche Engpässe sind hausgemacht und was kommt an Belastungen unausweichlich von „oben“? Was haben wir aufgrund städtischer Entscheidungen zu verantworten und wo liegt die Ursache von Problemen auf anderer Ebene? Und vor allem: Welche Konsequenzen ziehen wir haushaltspolitisch daraus?

Klar ist, dass der finanzielle Spielraum im städtischen Haushalt und die Handlungsmöglichkeiten des Gemeinderats stark durch Entscheidungen der Bundes- und Landesregierung beeinflusst werden. Diese versuchen ihre Haushaltsdefizite zunehmend durch gekürzte Zuweisungen an die Kommunen auszugleichen. Dabei möchte ich an dieser Stelle nicht auf die gescheiterten Versuche der kommunalen Verbände eingehen, gegenüber Bund und Land endlich einmal das Grundprinzip durchzusetzen, dass derjenige die Kosten übernimmt, der von der kommunalen Ebene eine zusätzliche Leistung neu einfordert. Vielmehr möchte ich darauf hinweisen, dass im Gegensatz zu den Haushaltsberatungen 2004, wo Bund und Bundesrat in erheblichem Umfang die kommunale Finanzausstattung geschränkt hatten, jetzt vor allem die Landesregierung den Kommunen die finanziellen Grundlagen entzieht. So kürzt das Land im Jahr 2005 die Mittelzuweisungen an die Kommunen um ca. 558 Millionen €.

Für Donaueschingen bedeutet dies zum Beispiel bei den Schlüsselzuweisungen vom Land eine Kürzung von 600.000 € bei einer gleichzeitigen Erhöhung der an das Land abzuführenden Finanzausgleichsumlage von 440.000 €. Zusätzlich erhöht sich die Kreisumlage mindestens um 500.000 €. Allein die drei vorgenannten Zahlen ergeben mehr als 1,5 Millionen €, die im städtischen Haushalt 2005 kompensiert werden müssen. Bei einem Haushaltsvolumen von 37 Millionen € und einem bereits in weiten Bereichen „verschlankten“ Haushalt stellt dies ein erhebliches Problem dar.

Vor diesem Hintergrund war es die Zielsetzung unserer Fraktion, den Haushalt 2005 mit einer Mischung aus weiteren Einsparungen und einer Erhöhung der Einnahmen zu

konsolidieren. Wesentliche Eckpunkte waren dabei für uns die soziale Ausgewogenheit der Beschlüsse und der Erhalt aller städtischen Einrichtungen. Dabei dürfte es für jedermann leicht nachvollziehbar sein, dass es nicht nur darauf ankommt, bestehende Einrichtungen formal als Haushaltsposition zu erhalten, sondern diese müssen auch mit einer finanziellen Ausstattung versehen sein, die ein sinnvolles Arbeiten ermöglicht.

Unter der Vorgabe des „strengen Sparens“ kam es bei der Beratung des Verwaltungshaushaltes dann aber zu einer Vielzahl von Entscheidungen, die für uns nicht akzeptabel sind. So wurden z.B. die Schulbudgets nicht nur um die ursprünglich angekündigten 5 %, sondern gleich um 10 % gekürzt. Als äusserst kurzsichtig bewerten wir beispielsweise auch die Dezimierung des Budgets für das Bistro der Stadtjugendpflege von 13.000 € auf 8.000 €. Damit wird der Bestand einer Einrichtung gefährdet, die sich in den letzten Jahren durch das Engagement von Mitarbeitern und Ehrenamtlichen zu einem Schwerpunkt bei der Integration von Jugendlichen entwickelt hat. Jahrelange mühselige Aufbuarbeit kann hier in wenigen Minuten der Haushaltsberatungen zunichte gemacht werden.

Die aus unserer Sicht schon deutlich angeschlagene Ausgewogenheit bei den Haushaltsberatungen wurde aber von der konservativen Mehrheit des Gemeinderats spätestens zu dem Zeitpunkt vollends aufgegeben, als über Gebühren und Steuern diskutiert wurde. Diese Feststellung ist deshalb relevant, weil wir im Gegensatz zu der Gemeinderatsmehrheit auch bei Gebühren und Steuern die Position vertreten, dass zunächst alle Möglichkeiten der kommunalen Einnahmeverbesserung vorurteilsfrei geprüft werden müssen. Es darf hier keine Tabubereiche geben! Denn ein Vergleich mit anderen Städten zeigt schnell, dass es durchaus solche Bereiche gibt. Zu den grossen Tabuthemen zählen in Donaueschingen beispielsweise Gebühreneinnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung. Vor diesem Hintergrund erscheint es schon fast konsequent, dass die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsberatungen 2005 dieses Thema nicht einmal ansatzweise als Möglichkeit zur Haushaltskonsolidierung in die Diskussion eingebracht hat.

Da angesichts der Kräfteverhältnisse im Gemeinderat solche „neuen“ Gebührenquellen verschlossen bleiben und andere Gebührenquellen wie die Kindertagengebühren bereits mit einer „Preisgleitklausel“ versehen sind, richtete sich der Fokus zwangsläufig auf die verbleibenden Gebührenhaushalte. In den Bereichen von Schwimmbad, Bibliothek, Jugendmusik- und Jugendkunstschule waren angesichts der grossen Deckungslücke im Haushaltsentwurf auch wir zu moderaten Gebührenerhöhungen bereit. Dabei war uns vollkommen klar, dass in diesen Bereichen vor allem die Familien betroffen sind. Wir gingen zu diesem Zeitpunkt aber davon aus, dass sich ein konsequenter Konsolidierungskurs auch bei den restlichen Gebühren- und Steuerpositionen fortsetzen würde. Als es dann jedoch darum ging, den Hebesatz für die Grund- und die Gewerbesteuer um jeweils ca. 3 Prozent zu erhöhen, fand der zuvor noch so forsch bekundete Wille von CDU und FDP/FW zur Haushaltssanierung aber ein jähes und unwiderrufliches Ende.

Ein derartiger Beschluss zur Erhöhung dieser kommunalen Steuern hätte zu Mehreinnahmen von insgesamt ca. 270.000 € geführt und damit den Ausgleich des Verwaltungshaushaltes ermöglicht. Wenn der Ausgleich des Verwaltungshaushalts 2005

jetzt nicht zustande kommt, sollte dies ehrlicherweise als der erklärte politische Wille der Gemeinderatsmehrheit bezeichnet werden. Klagen und lamentieren gilt da überhaupt nicht! Abgesehen davon wäre eine Erhöhung in diesen Bereichen keinesfalls unverhältnismässig oder gar unmoralisch gewesen. Dies lässt sich allein schon daran erkennen, dass die letzten Erhöhungen jahrelang zurückliegen, die vorgeschlagene Erhöhung äusserst massvoll angesetzt war und einige unserer Nachbarstädte im Rahmen ihrer Haushaltsberatungen Erhöhungen gerade in diesen Bereichen vorgenommen haben. Erwähnt sei hier nur die Stadt Geisingen, die auf Vorschlag ihres Bürgermeisters Walter Hengstler diesen Weg beschritten hat. Da Herr Hengstler bis vor kurzem noch ein hoch gelobter Kämmerer unserer Stadt war, kann dieser Weg so falsch nicht sein.

Ein besonderer Höhepunkt bei den Haushaltsberatungen war sicherlich die Diskussion um die Möglichkeiten eines Schuldenabbaus beim Eigenbetrieb Wasserversorgung. Es ist wirklich aufschlussreich, wie hier über eine Preiserhöhung von 15 Prozent diskutiert wurde, die wiederum und in besonderem Ausmass die Familien treffen würde. Da nur ein geringer Teil der Gebührenerhöhung letztlich dem vorgegebenen Schuldenabbau des Wasserwerks zu Gute käme, kann die Qualität der ganzen Debatte von Anfang bis Ende nur noch als ausgemachter Fehlschlag bezeichnet werden.

Vor dem Hintergrund der zuvor aufgezeigten sozialpolitischen Schieflage bei den Bemühungen um den Haushaltsausgleich wird es zukünftig auch immer schwieriger werden, kostspielige Großprojekte wie z. B. das Reitturnier vor der Bevölkerung zu vertreten. Schon 1997 mahnten wir vor der absehbaren Kostenexplosion bei dieser Veranstaltung. Damals waren wir mit unserer Kritik noch allein auf weiter Flur. Heute besteht erfreulicherweise Konsens über die Notwendigkeit zu strukturellen Veränderungen, die u.a. eine klare Begrenzung der Kosten zum Ziel haben müssen.

Nicht weniger bedeutsam werden aber auch zukünftig weitere Anstrengungen beispielsweise in den Bereichen Erziehung, Bildung, Umwelt und Energieeinsparung sein. Bewegt sich bei den erstgenannten Bereichen zumindest im investiven Bereich noch etwas, sieht es bei Umweltinvestitionen (wie z. B. bei der Gewässerrenaturierung) ziemlich schlecht aus. Aber auch bei Energieeinsparmassnahmen gibt es selbst bei ganz offensichtlich lohnenden Investitionen (!) nur verhaltene Aktivitäten. Die forcierte Umrüstung der Strassenbeleuchtung auf neue Leuchtmittel ist beispielsweise so ein Bereich in unserer Stadt, wo eine klare Effizienzrendite und zielgerichtete Investitionen viel zu langsam in eine nützliche Verbindung gebracht werden.

Hinzu kommt, dass es bei den im Energiebereich so gerne initiierten ppp - (privat-public-partnership) - Projekten einen herben Rückschlag zu verzeichnen gibt. Wir finden es vollkommen indiskutabel, dass der neue Eigentümer der 3 grossen BHKW - Anlagen in unseren Schulen diese einfach stillgelegt hat. Abgesehen von den Nachteilen beim Umwelt- und Klimaschutz ist es auch ärgerlich, dass die Verwaltung diesen Punkt bisher nicht in diesem Gremium zum Thema gemacht hat. Dieser Vorgang zeigt sehr drastisch auf, dass man kommunale Energiesparmassnahmen am allerbesten auch in kommunaler Trägerschaft abwickeln sollte. Sonst endet Nachhaltigkeit unter Umständen schneller als man denkt am neuesten Geschäftsmodell des Investors.

Doch zurück zum Haushalt und zu unseren Ansatzpunkten. Da es für die nähere Zukunft kaum Hoffnung auf eine nachhaltige und von aussen induzierte Verbesserung der Kommunalhaushalte gibt, wird es gerade auch in den kommunalen Kernbereichen auf weitere Reformschritte aus eigener Kraft ankommen. Dazu zählen beispielsweise folgende Punkte:

- Die Diskussion um strukturelle Verbesserungen innerhalb der Verwaltung einschliesslich Aufgabenkritik sowie ergänzende Massnahmen zur Erhöhung der Transparenz und der Effizienzsteigerung werden fortgeführt werden müssen.
- Die Kooperation mit unseren Nachbargemeinden sollte im öffentlich-rechtlichen Sektor weiter vorangetrieben werden.
- Die hohe Verschuldung der Eigenbetriebe muss angegangen werden. Da dies in der Regel mit einer erhöhten Gebührenbelastung für den Bürger verbunden sein wird, müssen solche Modelle gewählt werden, die eine vollständige Verwendung möglicher Mehreinnahmen zum Schuldenabbau gewährleisten.
- Die Deckung des Baulandbedarfs über das Baulückenkataster und die Nutzung von innerstädtischen Brachflächen muss deutlich intensiviert werden. Vor der zukünftigen Erschliessung von Neubaugebieten sind hier stets sämtliche andere Handlungsmöglichkeiten zu überprüfen und auch vermehrt durchzusetzen. Die hohen Vorhaltekosten der Stadt in diesem Bereich sind zu reduzieren. Als willkommene Nebeneffekte ergeben sich günstigere Sozial- und Siedlungsstrukturen, eine geringere Zersiedlung der Landschaft, ein reduzierter Flächenverbrauch und damit auch ein verbesserter Schutz des Bodens und anderer natürlicher Ressourcen.

Gerade das letzte Beispiel zeigt deutlich, dass die Querschnittswirkung von innovativen Ansätzen über alle kommunalen Aufgabenbereiche hinweg reichen muss. Eine Verengung der Betrachtung auf rein fiskalische oder verwaltungstechnische Aspekte ist auch zukünftig keinesfalls zielführend.

An dieser Stelle auch noch ein Wort zur Verschuldung der Eigenbetriebe: Bei diesem Thema sollte von der Verwaltung und der Gemeinderatsmehrheit besser keine Legendenbildung betrieben werden: Dem Eigenbetrieb Abwasser wurden bei seiner Gründung fast sämtliche Schulden des Gesamthaushalts übertragen. Er wurde mit keinerlei Eigenkapital ausgestattet. Die Schulden wurden keck als rentierliche Schulden bezeichnet. Und die Schulden der Eigenbetriebe wurden zusammen mit den Verbindlichkeiten der anderen städtischen Beteiligungen zumeist etwas verschämt aus den offiziellen städtischen Diagrammen und Stellungnahmen ausgeblendet. Stattdessen wurde mit der äusserst geringen Restverschuldung des Kernhaushalts Stimmung und Politik gemacht. Bei Bedarf oder Zweifeln können wir hierzu gerne unsere Position und die entsprechenden Dokumente vorlegen.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass es bei den Haushaltsberatungen 2005 nicht am grundsätzlichen Sparwillen gefehlt hat. Dafür mangelte es massiv an der Bereitschaft der Mehrheit des Gremiums, die nach dem Sparen verbliebenen Lücken über Gebühren- und Steuererhöhungen so zu schliessen, dass alle Einwohner und Firmen in Donaueschingen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit belastet werden. Hier wurde mit zweierlei Mass gemessen.

Wir lehnen deshalb den Haushalt 2005 ab.

Am Schluss möchten wir allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit recht herzlich danken. Nicht zuletzt wünschen wir auch unserem neuen Oberbürgermeister für die zukünftige Arbeit alles Gute.

Michael Blaurock

für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen

Doku-Info:
5 Seiten, 1681 Wörter, 10998 Zeichen